

Beschlussauszug

Sitzung des Rates vom 28.06.2021

- 5.76 COVID-19-Pandemie: Appell an die Bonner Stadtbevölkerung und mehrsprachige Aufklärungskampagne in besonders stark betroffenen Stadtteilen** **210678-01**
ungeändert beschlossen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig, wie Vorschlag der Verwaltung

Beschluss:

1.

Der Stadtrat und der Integrationsrat der Stadt Bonn rufen alle Bonnerinnen und Bonner auf, weiterhin die Corona-Schutzmaßnahmen einzuhalten und Infektionsgefahren bestmöglich zu vermeiden. Schützen Sie sich selbst, dann schützen Sie auch Ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger vor einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2.

Wir sehnen uns alle nach einer Zeit mit unbesorgtem und persönlichem Austausch in der Gemeinschaft, aber gerade jetzt sind Solidarität und besondere Rücksicht auf diejenigen lebensnotwendig, die einen schweren Krankheitsverlauf befürchten müssen. Je schneller die Infektionszahlen sinken, desto schneller können der wirtschaftlich bedrohte Einzelhandel, der Hotel- und Gaststättenbereich, die Kulturschaffenden, die SchülerInnen sowie viele weitere besonders unter der Situation leidende Mitmenschen wieder in einen normalen Alltag zurückkehren.

Mit großer Sorge werden die kontinuierlich steigenden Fallzahlen beobachtet, von der manche Stadtteile besonders betroffen sind.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit einer spezifischen Aufklärungskampagne schnellstmöglich in besonders stark betroffenen Stadtteilen aktiv zu werden, um über Ansteckungsgefahren, Präventionsmaßnahmen und Impfvorteile zu informieren.

Die Aufklärungskampagne beinhaltet u.a. die Verteilung mehrsprachiger Informationsmaterialien über Multiplikatoren und vor Ort, die Platzierung von Plakaten und die Einrichtung von Infoständen. Die Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete werden in die Kampagne speziell mit integriert.

Ein weiterer Baustein der Kommunikationskampagne ist die Aufklärung über die Situation, warum manche Stadtteile mit einem hohen Migrationsanteil

besonders stark von der Ausbreitung betroffen sind, mit dem Ziel, kulturelle Stigmatisierungen zu vermeiden, Ursachen für die räumliche Konzentration zu erläutern, Ängste vor Migration abzubauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

2.

Bei Annahme wird die Angelegenheit aufgrund der Eilbedürftigkeit als Dringlichkeitsentscheidung dem Rat vorgelegt.

Vorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung verweist auf ihre Stellungnahme zur Drucksachen-Nr. 210757-02, insbesondere die unter Ziffer 1.2 genannten, zielgerichteten Maßnahmen. Sämtliche Maßnahmen werden begleitet durch ein Konzept zur aktiven, adressatenorientierten Kommunikation.

Die Verwaltung geht daher davon aus, dass die Maßgaben des ursprünglichen Dringlichkeitsantrags durch die bereits begonnenen Aktivitäten als erledigt betrachtet werden.